Schumann-Bielefeld: In der Solinger Resolution liegt sehr viel berechtigtes. Namentlich den letzten Satz derselben pflichte ich vollständig bei. Eine würdigere und passendere Haltung sollte unsere Parteipresse beobachten. Ueber die „Halberstädter Sonntags-Zeitung" haben wir große Ursache uns zu beklagen. Ich möchte Ihnen einen Bericht über unsern Parteitag daraus zur Kenntniß bringen. (Redner beginnt mit der Verlesung, wird aber vom Vorsitzenden unterbrochen, weil es sich hier bloß um den Inseratentheil handle. Redner protestirt gegen diese Stellungnahme und konstatirt daß der betreffende Bericht von dem Abg. Heine verfaßt ist.)

Thiele-Wurzen: Der Wortlaut des Solinger Antrags in seinem letzten Satze sei insofern bedenklich, als er voraussetze, daß die Haltung der Parteipresse jetzt nicht würdig, nicht passend sei; ein solches allgemeines Urtheil werde doch Niemand fällen wollen.

Konrad-Mainz: Der Tadel gegen die „Mainzer Volkszeitung" in der Solinger Resolution erfordert eine Richtigstellung. Unser Parteiorgan hat mit dem Bürgermeisteramt einen Vertrag, wonach wir für die Aufnahme der amtlichen Anzeigen jährlich 500 Mk. bekommen, während wir sie früher im Interesse unserer Leser eben doch, aber umsonst publiziren mußten. Zur Aufnahme dieser amtlichen Anzeigen sind wir vertragsmäßig verpflichtet und die in Frage kommende Anzeige war eben eine solche amtliche Bekanntmachung.

Diederich-Dortmund: Es ist allerdings sehr schwer, in Bezug auf das Reklamewesen die richtige Grenze zu ziehen, aber gewisse Dinge könnten doch unterbleiben. Die „Fränkische Tagespost" z. B. bringt quer über das ganze Blatt eine Reklame für einen Bazar zum Besten der Christuskirche! Solchem Unfug läßt sich durch die Annahme der Solinger Resolution ein Riegel vorschieben.

R. Fischer-Berlin: Die Solinger Resolution behauptet, daß namentlich auch vom „Vorwärts" in Bezug auf Reklamen und Lotterieanzeigen das Prinzip in gröblichster Weise verletzt worden sei. Im „Vorwärts" ist innerhalb der letzten zwei Jahre, also seit seinem Bestehen überhaupt noch keine Lotterie-Annonce erschienen, ebensowenig irgend eine Reklamenotiz. Die Gewinnlisten freilich haben wir gebracht, und die Abonnenten würden nicht schlecht räsonniren, wenn der „Vorwärts" sie nicht in den Besitz der Gewinnlisten setzte.

Schweer-Hamburg: In einer vor einigen Wochen in Hamburg behufs Stellungnahme gegen das Lotterieannoncenwesen abgehaltenen Versammlung stellte sich heraus, daß wir zwar im Prinzip Gegner des Lotteriespiels sind; solange aber die Genossen selbst noch spielen, liegt auch ein Bedürfniß zur Veröffentlichung der Gewinnlisten vor. Es sollte aber gegen das Lotterieunwesen agitatorisch vorgegangen werden.

Klüß-Elmshorn: Wenn uns gesagt wird, daß die Annonce vom Kaiserfestessen kraft Vertrages in die „Mainzer Volkszeitung" Aufnahme finden mußte, so bin ich der Meinung, daß eine derartige Annonce unter keinen Umständen in einem Parteiblatt Aufnahme finden darf. Ist der Vertrag noch nicht abgelaufen, so soll man den Ablauf möglichst beschleunigen.

In der Abstimmung wird der Antrag Hülle u. Gen. und von der Solinger Resolution der Satz betr. die „Mainzer Volksztg." mit großer Mehrheit angenommen. Die übrigen Theile der Resolution werden abgelehnt.

Ueber den von Schumann-Bielefeld eingebrachten Antrag, der Parteitag solle seine Mißbilligung aussprechen über den in der Halberstädter „Sonntagszeitung" veröffentlichten Parteitagbericht, wird auf Antrag Frohme Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Zunächst werden die weiteren Formalien für Punkt 12: **Wahl der Parteileitung** festgestellt. Vor dem Eintritt in die Wahl ist darüber Beschluß zu fassen, wo der Parteivorstand seinen Sitz haben soll. Ohne Widerspruch wird einstimmig wiederum Berlin als Sitz des Partei-Vorstandes bestimmt.

Bezüglich der Zusammensetzung des Partei-Vorstandes liegt ein Antrag Drescher-Berndt vor, an Stelle der bisherigen 2 Parteisekretäre deren 3 einzusetzen. Da dieser Antrag auf eine Aenderung der Organisation hinausläuft, bedarf er, um zur Verhandlung zu kommen, der Unterstützung von drei Vierteln der Anwesenden. Er erlangt diese Unterstützung nicht und wird damit hinfällig.

Die Vorschlagsliste ist inzwischen gedruckt und vertheilt worden. Meist-Köln, der mit als Kassirer, Stadthagen-Berlin, der mit als Sekretär, Bueb, Feldmann und Vollmar, die mit als Kontrolleure vorgeschlagen sind, bitten um Streichung von der Liste, da sie eine etwaige Wahl nicht annehmen könnten.

Wegen ungenügender Unterstützung scheiden aus der Verhandlung ferner aus die S. 18 unter Vorlagen an den Parteitag aufgeführten Anträge: Sauermann-Charlottenburg, Parteigenossen des VI. Berliner Reichstagswahlkreises Ziffer 2 und 3, Parteigenossen in Düsseldorf und VI. Sächsischen Wahlkreise, zweiter Absatz (S. 19) sowie der Antrag der Dortmunder Genossen:

„Die Reichstagsberichte des „Vorwärts" im Separatdruck erscheinen zu lassen und zu einem mäßigen Abonnementspreise abzugeben".

Der Antrag von Parteigenossen in Hanau und Fermersleben:

„Zur wirksamen Agitation auf dem Lande von Zeit zu Zeit Flugblätter oder Broschüren gratis zu verbreiten, die für rein ländliche Verhältnisse geschrieben und leicht faßbar sind. Dieselben sollen von der Parteileitung den einzelnen Kreisen möglichst billig abgegeben werden",

wird ohne Debatte nach Probe und Gegenprobe angenommen.

Der Antrag, ein billiges Wochenblatt als Beilage des „Vorwärts“ erscheinen zu lassen, wird nicht genügend unterstützt. Dagegen reicht die Unterstützung aus für folgende von Wartmann-Friedrichshagen eingebrachte Resolution:

„Der Parteitag mißbilligt das Verhalten des „Vorwärts“ betreffs der Februarunruhen und weist besonders die Bezeichnung „Lumpenproletariat“ entschieden zurück, da hierdurch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen erscheint, daß wir uns für eine bessere Sorte von Proletariern halten.“

Kiesel ersucht um einfache Ablehnung der Resolution.

Wartmann: Die, welche der „Vorwärts“ als Lumpenproletarier bezeichnet hat, sind doch auch Proletarier; wenn sie auch im moralischen Werthe augenblicklich unter uns stehen, so liegt das in den Verhältnissen begründet. Wir können die Proletarier nicht in verschiedene Kategorien theilen, lassen wir das aufkommen, so müssen wir uns doch schließlich für eine bessere Sorte von Proletariern ansehen.

Liebknecht: In einer Beziehung ist es mir sehr angenehm, daß dieser Resolutions-Antrag gekommen ist, denn er berührt einen der Punkte, die ich mir für mein ins Wasser gefallenes Referat vorbehalten hatte. Mit dem Ausdruck Lumpenproletariat soll der „Vorwärts“ gewissermaßen ein Vergehen gegen die sozialistisch-revolutionären Prinzipien, gegen die Majestät und das Interesse des Proletariats begangen haben. Den betreffenden Artikel, obgleich nicht von mir geschrieben — ich war in Sachen meines sächsischen Landtagsmandats in Dresden — vertrete ich seinem wesentlichen Inhalte und Gedankengang nach, obgleich ich vielleicht eine andere Form gewählt hätte. In der Hauptsache ist er ganz korrekt. Zunächst habe ich zu bemerken, daß die Vorkommnisse, um die es sich hier handelt, nichts weniger waren als eine revolutionäre Erhebung, wie in Lügenblättern verschiedener Sorte gefaselt worden ist. Wenn es der Anfang einer solchen gewesen wäre, würde man in den übrigen Theilen Berlins etwas verspürt haben. Vor der Märzrevolution, mit deren Anfang gewisse Leute den Februarradau dieses Jahres verglichen haben, da sahen die Dinge ganz anders aus, da lag der Gedanke einer Revolution in der Luft, und Jedermann fühlte es. Was ist hier geschehen? Es fand eine Versammlung von Arbeitslosen statt, nicht aufgeregter als hundert andere Versammlungen. Nach dieser wurde ohne die geringste politische Absicht von Einigen ein Umzug versucht, und am Abend hat das Element, welches wir mit vollkommenem Recht Lumpenproletariat nennen, Scenen verursacht, die kein ehrlicher Proletarier auf seine Verantwortung nehmen wird, und die Alles waren, nur nicht revolutionär. Dazu kommt noch etwas. Es ist über allen und jeden Zweifel erhaben, daß es damals Leute verschiedener Art gegeben hat, die gerne die Gelegenheit zu einem kleinen Putschchen benutzt hätten — in dieser oder jener Absicht; ich weiß es und Andere wissen es. Zu wessen Nutzen wäre in jenem Augenblick ein Putsch gewesen? Etwa zu dem der Sozialdemokratie? Sind wir im Stande, einen Straßenkampf in Berlin zu führen und zu gewinnen? Ueberhaupt durch einen Putsch der Bewegung zum Siege zu verhelfen? Was wäre die Folge gewesen, wenn wir gethan hätten, was gewisse Leute gefordert haben und was nicht gethan zu haben unser Verbrechen sein soll. Wir hätten einfach unsere Partei den Feinden ans Messer geliefert, wir hätten ihnen endlich die heißersehnte, seit 1878 so eifrig gesuchte Gelegenheit geboten, mit uns aufzuräumen, und wir wären, auch wenn die Genossen den größten Heldenmuth entwickelt hätten, erlegen und unsere Bewegung zurückgeworfen worden. Das weiß Jeder von Ihnen. Derartigen Nonsens können Sozialdemokraten nicht begehen. Wir nehmen das Schlachtfeld nicht an, auf das die Feinde uns locken wollen. Das Proletariat haben wir nicht beschimpft, wir haben es im Gegentheil in Schutz genommen gegen die erhobenen Beschuldigungen. Ehrliche Arbeiter sind keine Lumpen. Die Herren, die sich darüber aufhalten, daß wir den Ausdruck Lumpenproletariat gebraucht haben, sind in der Parteiliteratur und Geschichte nicht sehr bewandert. Das ist eben das Traurige, wenn auch nichts Ernstes, daß jetzt junge Leute, Geldschnäbel, die nichts wissen, die die Geschichte der Partei, ihre Kämpfe nicht kennen, die alten Genossen belehren wollen. Das Wort Lumpenproletariat ist ein wissenschaftlicher Ausdruck, es ist zuerst aufgebracht worden von Karl Marx im Gegensatz zu dem revolutionären Proletariat, das als Klasse mit Klassenbewußtsein der herrschenden Klasse revolutionär gegenübersteht. Daß das Lumpenproletariat auch ein Produkt der heutigen Gesellschaft ist, ist richtig; aber das hat auch Marx gewußt und das wissen auch wir. Die Bourgeoisie ist auch ein Produkt der heutigen Gesellschaft, wie alle Gesellschaftsglieder. Das Lumpenproletariat, das sind die Deklassirten, die nicht in die Klasse des Proletariats gedrängten Opfer des Kapitalismus, — die Ausgestoßenen, welche Erwerbszweige suchen, die nach den herrschenden Moralbegriffen zum großen Theil nicht für ehrliche gelten. Zu den Lumpenproletariern gehören namentlich auch die sogenannten Ballonmützen. Ich weiß nicht, ob die Delegirten aus der Provinz wissen, was Ballonmützen sind. Das sind die Zuhälter, oder Louis — von der Prostitution lebend, die das Weib, welches von der heutigen Gesellschaft in die Prostitution herabgestoßen ist, ausbeuten, um ein flottes Leben zu führen. Sie sind Ausbeuter — von unserem Standpunkt nicht schlechter als andere Ausbeuter, aber immerhin Ausbeuter. Und das revolutionäre Proletariat bekämpft jede Ausbeutung, und alle Ausbeuter. Diese

Ballonmützen — so genannt nach der Form ihrer Kopfbedeckung, die das Zunftzeichen ist — sind Diebe, Verbrecher verschiedener Art — das, was man im schlimmsten Sinne des Wortes den Janhagel nennt — Menschen, die ehrlich sind, wenn es ihnen paßt, sich aber auch nicht scheuen, dann und wann einmal in die Tasche des Andern zu greifen oder sonstige Allotria zu treiben — kurz der Abfall der heutigen bürgerlichen Gesellschaft. Das Lumpenproletariat wußte von den Schäden der kapitalistischen Gesellschaft zu profitiren, das revolutionäre Proletariat will sie abschaffen. Das Lumpenproletariat führt nicht den Klassenkampf gegen die Gesellschaft, sondern höchstens den Krieg gegen den Einzelnen; es hat dem Eigenthum den Krieg erklärt, aber nur insofern es das Eigenthum Anderer nicht achtet und ungenirt wegnimmt — statt den gesellschaftlichen Diebstahl abschaffen zu wollen, übt es selbst Diebstahl und zeigt auch hierdurch, daß es auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung steht. Kurz es ist weder revolutionär noch sozialistisch. Wir wissen, daß dieses Produkt der bürgerlichen Gesellschaft bedauernswerth ist; es fehlt uns gewiß nicht an Sympathie für diese, wie für die anderen Opfer der Gesellschaft; wir erblicken selbst im tiefstgesunkenen Menschen immer den Menschen, den Bruder, allein auch die Kapitalisten sind Menschen, und trotzdem müssen wir sie heute bekämpfen. Im sozialistischen Staat wird es ein Lumpenproletariat so wenig geben, wie eine Bourgeoisie. Da wird Keiner verlumpen, weil Alles in geregelter Thätigkeit sein und jeder Mensch, Mann oder Frau, seine geregelte Thätigkeit und sein menschenwürdiges Dasein haben wird. Die heutige Gesellschaft demoralisirt die Menschen und sie hat ihren Abwurf. Dieser ist aber so wenig revolutionär gesinnt, daß sie gerade in ihm ihren Hauptdiener gegen die revolutionäre Partei besitzt. Man erkundige sich einmal, wo die Polizei ihre Spitzel, ihre Informer her hat. Fast alle aus dem Lumpenproletariat. Das revolutionäre Proletariat hat sich deshalb — ich erinnere an Paris — stets gegen die Gemeinschaft mit dem Lumpenproletariat, mit den Dieben und Lumpen, energischst verwahrt. Kennte der Genosse, der die Frage aufgeworfen hat, die neuere Geschichte, so würde er wissen, daß der heldenmüthigste Kampf, den das Proletariat je gekämpft hat: die Junischlacht, welche geschlagen ward unter der rothen Fahne der Sozialrevolution und unter der schwarzen des Hungers — daß dieser Kampf gekämpft wurde gegen das als Mobilgarde organisirte Lumpenproletariat, und daß es das Lumpenproletariat war, das in Diensten der Bourgeoisie, da das stehende Heer nicht ausreichte, das revolutionäre Proletariat niederwarf. Wetteifernd mit der Linienarmee, — die Nationalgarde war zu feige, die Nationalgardisten waren fast alle zu Haus geblieben — stürzten die Mobilgarden, berauscht vom

Schnaps, angehetzt durch Dirnen, die man ihnen lieferte — auch Lumpenproletariat — wie Tigerkatzen auf das kämpfende Proletariat, das nach sechstägigem Kampfe, wie die Welt einen zweiten nicht gesehen, der Uebermacht erlag. Das revolutionäre Proletariat hatte auf der einen, das Lumpenproletariat auf der anderen Seite gestanden. Und das kann wiederkommen. Nicht daß unter den Lumpenproletariern nicht auch revolutionäre Aufwallungen vorkämen, aber es fehlt das Klassenbewußtsein, und im Allgemeinen ist es nicht nur nicht revolutionär, sondern positiv reaktionär. Jedenfalls haben unsere Parteigenossen bei den Februarkrawallen weder Fenster eingeworfen, noch Läden geplündert; wer das gethan hat, verdient den Namen Lumpenproletarier, und zwar in noch schlimmerem Sinne als Marx ihn gebraucht hat. (Andauernder lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Stadthagen: Ich schließe mich diesen Ausführungen vollinhaltlich an, muß aber andererseits den Antragstellern zugeben, daß sie von guten Motiven geleitet gewesen sind. Der Antrag hat seinen Zweck voll und ganz erfüllt. Wenn man schon damals darauf Bedacht genommen hätte, daß es in der Partei auch jüngere Kräfte giebt, die mit dem historischen Gang der Dinge nicht so vertraut sind, so wäre das nicht unvortheilhaft gewesen, denn gerade in jenen Tagen hatte allerdings eine gewisse Unklarheit über den Begriff sich bemerkbar gemacht. Doch hat schon nach 2 oder 3 Tagen der „Vorwärts" selbst in der Weise, wie heute Liebknecht die Sache aufgeklärt. Der Angriff wendete sich nicht gegen diejenigen, die verführt waren, sondern gegen die, die für derartige Dienste am besten zu bezahlen pflegen. Der Antragsteller könnte hiernach die Resolution wohl zurückziehen.

Fräßdorf schließt sich den Ausführungen Stadthagen's an.

Der Antrag wird darauf vom Antragsteller mit der Erklärung zurückgezogen, daß er mit den Ausführungen Liebknecht's vollständig einverstanden sei; er habe sich nur gegen die vom „Vorwärts" gewählte Form gewendet.

Damit sind die Anträge zur Presse erledigt.

Es folgen die Anträge zur Agitation.

Mit Rücksicht darauf, daß die Vertreterin der Frauen Württembergs bereits heute Abend abreisen muß, wird, außer der Reihe, der S. 20 unter Vorlagen an den Parteitag aufgeführte Antrag der Frauen und Jungfrauen von Mannheim jetzt schon zur Berathung gestellt.

Klara Zetkin: Sie werden vielleicht sagen, daß wir mit unseren Anträgen offene Thüren einrennen, daß Niemand die Nothwendigkeit bestritten habe, die Frau auch zur Antheilnahme am Klassenkampf heranzuziehen. Die Mehrzahl der Genossinnen aller Städte ist jedoch der Ansicht, daß in dieser Beziehung noch nicht alles ge-

schehen ist, was geschehen könnte. Es wird gesagt, es giebt kein besonderes Vereins- und Koalitionsrecht für die Arbeiterinnen. Ganz recht. Aber ich finde, in der Auslegung und Anwendung des Vereins- und Koalitionsgesetzes gehen die Behörden den Frauen gegenüber mit einer Weisheit vor, gegen die Salomon der reine Waisenknabe war (Heiterkeit), in einer Weise, die — ich will mich parlamentarisch ausdrücken — der — Pflichttreue, zumal des preußischen Beamtenthums, zur allerhöchsten Ehre gereicht. (Heiterkeit.) Vielfach hat gerade der Umstand, daß dem weiblichen Geschlecht die politischen Rechte versagt sind, dazu herhalten müssen, den Frauen auch auf wirthschaftlichem Gebiet das Leben zu erschweren. In vielen Gewerkschaften, in denen sich die Frauen mit den Männern organisirt haben, heißt es bei irgend einem Thema, daß dasselbe die Politik streife. Es ist deshalb bei dem heutigen Stande der Entwickelung sehr nothwendig, die Grenze zu finden, wo eine Frage aufhört eine wirthschaftliche zu sein und anfängt eine politische zu werden. Es muß aber auch weiter mit aller Kraft dahin gewirkt werden, daß dem weiblichen Geschlecht das Recht zugestanden wird, sich in Vereinen und Versammlungen auch mit politischen Fragen zu beschäftigen. Sie wissen, daß die politische Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts nur als Vorwand genommen wird, um die Organisation der Arbeiterinnen zu hintertreiben, um es ihnen unmöglich zu machen, gegen den Stachel der kapitalistischen Ausbeutung zu löcken. Das weibliche Geschlecht schlägt man, aber das Proletariat meint man.

Was unseren dritten Antrag anlangt, so liegt es uns sehr fern, in den Versammlungen gegen die Vorrechte der Männer zu hetzen. Die Arbeiterinnen wissen sehr wohl, daß der Krieg gegen das männliche Geschlecht nur eine Zersplitterung der Kräfte bedeuten würde, eine Ablenkung von dem eigentlichen Ziele. Die Frau des Arbeiters leidet heute weniger von der Knechtschaft des Mannes als von der Abhängigkeit des Kapitalisten. Wenn sie früher von dem Manne mit Peitschen gezüchtigt wurde, so wird sie heutzutage von dem Kapitalisten mit Skorpionen gezüchtigt. Wir wollen in unseren Versammlungen den Frauen des Proletariats zeigen, daß die sozialdemokratische Partei die einzige ist, welche in praktischer Hinsicht, in der Frage des sozialpolitischen Lebens die Interessen der gesammten Arbeiterklasse und dabei auch die der Arbeiterinnen auf das wirksamste und entschiedenste vertritt. Sie werden vielleicht sagen, daß wir den Männern wahrhaftig nicht zumuthen können, in Zeiten der Wahlagitation auch noch für uns Versammlungen abzuhalten. Ich bin aber der Ansicht, wenn die Genossen es einmal für werth halten, 99 Versammlungen abzuhalten, dann haben sie auch die Zeit, die hundertste Versammlung abzuhalten. Es kommt nicht auf das Opfer an, sondern ob das Opfer auch

B

aufgewogen wird durch den Nutzen, den man daraus ziehen kann. Wir sind der Ansicht, daß die Sozialdemokratie nur Nutzen davon ziehen kann, wenn die Frau des Proletariers auch in politischer Hinsicht aufgeklärt wird. Die Erfolge der sozialistischen Wahlkämpfe in Frankreich sind in hervorragender Weise dem Antheil zuzuschreiben, welchen die Arbeiterinnen an dem politischen Kampf genommen und dem Einfluß, welchen sie während der Wahlagitation zu Gunsten der sozialistischen Kandidaten ausgeübt haben. Dasselbe trifft auch für den letzten Wahlkampf in England zu. Wir sehen auch bereits in Deutschland, daß im gegnerischen Lager überall Stimmen laut werden, welche befürchten, daß die Sozialdemokratie unter der Frauenwelt der Arbeiterklasse mehr und mehr an Einfluß gewinnt. Die „Kölnische Zeitung" hat in einem Artikel einen Schmerzensschrei erhoben, daß so viel unreife weibliche Elemente durch die neuen Bestimmungen der Gewerbenovelle jetzt mehr freie Zeit zur Verfügung hätten und daß man es sich angelegen sein lassen müsse, diese unreifen Elemente vor schädigenden Einflüssen zu bewahren. (Der Vorsitzende giebt mit der Glocke das Zeichen, daß die Redezeit der Rednerin abgelaufen ist.) Die Männer haben so lange geredet, dann können wir Frauen auch einmal reden. (Große Heiterkeit.) Die gesammte Bourgeoisie weiß sehr gut, daß, wenn es einmal zur Entscheidung kommt, die Agitatoren und Agitatorinnen der Schwarzen nicht so zu fürchten sind wie die Agitatoren und Agitatorinnen des Zukunftsstaats, der Rothen. Man spricht mit Unrecht von einer sozialdemokratischen Frauenbewegung, weil die sozialdemokratische Frau gar keine besondere Bewegung bildet, nicht ein Staat im Staate ist, sondern sich ganz einfach der sozialdemokratischen Bewegung einfügt. (Bravo!) Wenn ich mich verpflichtet halte, für diese Anträge einzutreten, so geschieht dies nicht, weil ich eine Frau bin, sondern weil ich mich zuerst als Genossin fühle, und nur mit Rücksicht auf den Werth und die Bedeutung des weiblichen Geschlechts für die Gewinnung des Proletariats halte ich mich für verpflichtet, für diese Anträge einzutreten. Ich bitte Sie nicht, daß Sie aus Gerechtigkeit und Billigkeit diesen Anträgen zustimmen möchten. Denn ich weiß ganz gut, keine einzige politische Partei hat sich in ihren Handlungen und Haltungen durch die schönen Augen der Dame Gerechtigkeit bestimmen zu lassen. Wenn ich Sie auffordere, diesen Anträgen Ihre Zustimmung zu geben, so thue ich es im Interesse des gesammten Proletariats. Auf wirthschaftlichem Gebiete ist die Frau durch die Entwickelung des modernen Lebens die Schmutzkonkurrentin des Mannes geworden; sie soll auf gewerkschaftlichem wie politischem Gebiete seine Mitstreiterin werden. Mit ihrer Hilfe werden Sie auch die Landbevölkerung und das Kleinbürgerthum erobern. Wir würden Alle sehr schlechte Streiter sein, wenn wir in diesem Kampfe die

intimste Freundin unberücksichtigt ließen: die reaktionäre Frau! Stimmen Sie unseren Anträgen zu, um für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse neue Streiter zu gewinnen, damit wir alle ohne Unterschied, im Unterrock oder in der Hose, als Soldaten uns um dieselbe Fahne schaaren, zum Siege des Proletariats über die Bourgeoisie! (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.)

Die Anträge werden mit großer Mehrheit angenommen.

Schluß 6 Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Montag, den 21. November.

Vormittagssitzung.

Um 9½ Uhr werden die Verhandlungen vom Vorsitzenden Singer eröffnet.

Die internationalen Genossen Prags senden herzliche Grüße, protestiren aber gegen den Beschluß des Parteitages in Sachen der Maifeier und erklären, den 1. Mai zu feiern.

Nach § 14 des Organisationsstatuts können die Mitglieder der Parteileitung für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen, deren Höhe durch den Parteitag festgesetzt wird. Hierzu liegt ein Antrag Emmel vor, den Parteikassirer mit der Ordnung des Archivs zu betrauen und ihn im Gehalt den Parteisekretären gleich zu stellen.

Der Antrag wird nach Befürwortung durch den Antragsteller mit großer Mehrheit angenommen. Ohne Widerspruch werden die bisherigen Gehälter für die Vorsitzenden und die Sekretäre als weiter bestehend anerkannt.

Darauf wird das Resultat der erfolgten Wahl der Parteileitung verkündet. Nach dem von der Mandatsprüfungs-Kommission aufgenommenen Protokoll sind 233 Stimmzettel abgegeben worden, davon 8 ungiltig. Von den 225 giltigen Stimmen haben erhalten als Vorsitzende Bebel 217, Singer 217, 7 Stimmen sind zersplittert. Zu Sekretären werden gewählt Auer mit 217, Fischer mit 182 Stimmen. Daneben hat Stadthagen 23 Stimmen erhalten. 20 Stimmen sind zersplittert. Zum Kassirer ist Gerisch mit 205 Stimmen gewählt worden, 7 Stimmen sind zersplittert. Stimmen als Kontroleure haben erhalten Kaden 177, Ewald 172, Meister 170, Herbert 169, Dubber 151, Jacobey 136, Schulz-Berlin 125. Außerdem haben erhalten Legien 60, Slomke 52, Hoch 49, Ehrhart 46, Borgmann 44, Kandt 42, Faber 37, Geck 34, Brey 28, Labjuhn 17, Vollmar 15, Bueb 16, Feldmann 6; zersplittert sind auf 16 verschiedene Delegirte 53 Stimmen.

Sämmtliche Gewählten erklären die Annahme der Wahl.

Ein während der Verhandlungen vom Parteitage abgelehnter Antrag: „Das Gehalt des Chefredakteurs des „Vorwärts“ wird

B

auf dem Parteitage festgesetzt“ ist von einer Anzahl von Mitgliedern wieder aufgenommen worden. Der Parteitag entscheidet nach dem Vorschlag Singer's mit großer Mehrheit gegen die Zulässigkeit dieses Antrages. Damit ist der Antrag erledigt.

Es kommt nunmehr die Frage zur Entscheidung, an welchem Orte der nächste Parteitag stattfinden soll. Hierzu liegen 3 Anträge vor. Hengsbach-Köln will den Parteitag 1893 in Köln a. Rh. abhalten. Daneben sind Leipzig und Halberstadt in Vorschlag gebracht. Dagegen wünschen Genossen des 1. württembergischen Wahlkreises: Der Parteitag möge bei Bestimmung der Orte für Abhaltung von Parteitagen auch Süddeutschland berücksichtigen. Nach längerer Debatte, in welcher wiederholt die Ansicht ausgesprochen wurde, daß man von Leipzig wegen der dortigen Polizeipraktiken in der Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes Abstand nehmen müsse, wird mit großer Majorität Köln als Ort für den nächsten Parteitag bestimmt.

Darauf wird in der Berathung der Anträge zur Agitation fortgefahren. Mangels genügender Unterstützung gelangen nicht zur Verhandlung die unter den „Vorlagen an den Parteitag“ S. 19 aufgeführten Anträge der Genossen in Cassel, Duisburg-Mühlheim, Naumburg-Weißenfels-Zeitzer Kreis, Eckwarth-Hamburg und 3. Hamburger Wahlkreis (S. 20.), Fermersleben, Wehder-Sonneberg, Parteigenossen in Unna (S. 21), Halfter-Berlin, Stablow-Gallen, Parteigenossen in Jüterbog, in München, zweiter Theil (S. 22). Zurückgezogen wird der S. 20 aufgeführte Antrag der Genossen des 13. Hannover'schen Wahlkreises, ebenso der Genossen in Friedberg in Hessen (S. 19.)

Genossen in Apolda beantragen: Die Vertrauensmänner derjenigen Orte, an welchen wichtige Gerichtsentscheidungen gefällt werden, sind verpflichtet, dieselben mit Begründung des Urtheilsspruches schnellstens an den Partei-Vorstand zur Veröffentlichung im „Vorwärts“ einzusenden.

Baudert-Apolda: Wir stellen den Antrag, damit die Vertrauensmänner jeden Orts in der Lage sind, die Agitation durch die Nachrichten von den gegen unsere Genossen ergangenen Verurtheilungen besser betreiben zu können. Es wird daneben auch den einzelnen Genossen eine Ersparniß an den Kosten für Rechtsschutz erwachsen, indem jeder Genosse aus den Urtheilsbegründungen auch ersehen kann, welche Stellung er event. dem Gerichte gegenüber einzunehmen hat.

Hofmann-Chemnitz: Vor fünf Jahren haben wir einen Prozeß gegen die Polizei durch alle Instanzen durchgeführt, welche ein Komitee von 3 Mann für einen Verein erklärt hatte. Das Oberlandesgericht entschied, daß die 3 Mann kein Verein seien. Jetzt nach 5 Jahren wiederholt sich der nämliche Fall. Wir haben

B

aber das Urtheil nicht zur Hand, sind daher machtlos; hat aber der Vorstand die Sache im Archiv, dann ist sie in ein paar Tagen zu erlangen, dann kann man sich retten.

Bebel bittet den Antrag schon aus preßtechnischen Gründen abzulehnen. Das Malheur in Chemnitz hätte sehr leicht vermieden werden können; wenn man im Lokalblatte das Erkenntniß abdruckte, hatte man es jederzeit zur Verfügung. Viel wichtiger wäre ein Antrag gewesen, daß die leichtfertigen Berufungen in allen Strafsachen künftig nicht mehr vorkommen möchten, daß nicht immer wieder bei Lappalien, bei Geldstrafen von 5 oder 3 Mark bis in die höchste Instanz hinaufgegangen würde. Vor 14 Tagen haben wir in einem Prozeß wegen 9 Mark Geldstrafe 192 Mark Kosten zu bezahlen gehabt!! Mit diesem Anrufen der obersten Instanz um jeden Preis wird geradezu leichtfertig umgegangen. Auspfänden können wir nachher die Leute nicht lassen, wenn sie etwas haben, wir müssen in den sauren Apfel beißen und horrende Rechnungen bezahlen. Lehnen Sie den Antrag ab, er ist unausführbar.

Stadthagen: Auch ich bitte, den Antrag, wie er vorliegt, abzulehnen. Es ist direkt unmöglich, alle Urtheile zu veröffentlichen, wesentlicher aber als dieser äußerliche Grund sind die inneren Gründe. Die Genossen sollten nicht glauben, daß aus irgend einem Urtheil eine prinzipiell wichtige Entscheidung herausgelesen werden kann; in demselben Augenblicke, wo sie das thun, veranlassen sie den Juristen, genau hinzusehen, ob er nicht mit dem bekannten vierspännigen Wagen doch durch das Urtheil resp. das Gesetz durchkommen kann. Es kommt ja auch häufig vor, daß auf Grund derselben Thatfrage von demselben Gericht der Eine verurtheilt, der Andere freigesprochen wird. Irgendwie wesentliche Hilfe für die Agitation gewinnen Sie auf diese Weise nicht.

Der Antrag wird abgelehnt.

Parteigenossen in Köln beantragen (nachträglich von Hengsbach modifizirter Antrag):

> Zur Hebung und Belebung unserer Parteibestrebungen in Rheinland und Westfalen, wo das Zentrum dominirt und alles aufbietet, unsere Agitation zu entkräften, wird der Partei-Vorstand beauftragt, in Verbindung mit den Agitationskomitees der einzelnen Provinzen von Zeit zu Zeit größere Agitationstouren zu veranstalten und geeignete Redner event. aus der Parteikasse zu entschädigen.

Hengsbach begründet den Antrag mit dem Hinweis, daß die Agitationskomitees oft nicht im Besitz der nöthigen Mittel seien; Auer weist darauf hin, daß trotzdem im Rheinland verhältnißmäßig viele rednerische Kräfte vorhanden, doch wie überall genügen auch diese nicht. Jede Forderung finanzieller Unterstützung der Agitation sei bisher dem rheinischen Agitationskomitee bewilligt

worden; Köln aber, wo jetzt die Klagen erhoben werden, habe es nicht einmal der Mühe werth erachtet, einen einzigen Brief zu schreiben. Ob der Antrag angenommen oder abgelehnt werde, ändere an den thatsächlichen Verhältnissen gar nichts, die Frage sei: Mehr Redner und mehr Lokale. Am Gelde fehle es nicht.

Der Antrag Hengsbach wird abgelehnt.

Ueber den Antrag des Parteigenossen Dullens, St. Ingbert: Der Pflege des internationalen Gedankens und Bestrebens in der Partei mehr Aufmerksamkeit schenken zu wollen, geht die Partei mit der ausdrücklichen Motivirung zur Tagesordnung über, daß die Pflege des internationalen Gedankens und der internationalen Solidarität eine selbstverständliche Pflicht der sozialdemokratischen Partei ist und von ihr im reichsten Maße erfüllt wird.

Von der Resolution der Parteigenossen des II. Berliner Wahlkreises zum Thema des Staatssozialismus kommt jetzt der zweite Theil zur Verhandlung, welcher lautet:

> „Die Parteigenossen erwarten ferner, sobald der Parteitag gesprochen, von einem jeden Genossen die Respektirung der Beschlüsse desselben, damit es in Zukunft vermieden wird, daß Streitigkeiten innerhalb der Partei, hervorgerufen einerseits durch Erörterungen parteipolitischer Fragen in Bourgeois-Blättern, andererseits durch Interviews gegnerischer Zeitungsvertreter, stattfinden, die nur geeignet sind, die Presse der Gegner mit Sensationsstoff zu versehen, der Partei aber selbst leicht schaden können."

Antrick-Berlin spricht sich gegen die Interviews aus und wendet sich besonders gegen das Interview eines amerikanischen Berichterstatters mit Vollmar, in dem dieser gesagt haben solle, wir würden nie die Landbevölkerung gewinnen, könnten aber sehr wohl bei den nächsten Reichstagswahlen so viel Stimmen bekommen, daß wir auf parlamentarischem Wege unsere Forderungen durchsetzen könnten. Durch derartige Interviews werde weiter nichts bezweckt, als daß der Landagitation ein Knüppel zwischen die Beine geworfen werde. Wer was auf dem Herzen habe, der möge doch die Parteipresse event. die „Neue Zeit" benutzen. Er stimme ganz mit Liebknecht überein, der gesagt habe, nur eine Balleteuse oder ein abgetakelter Staatsmann habe es nöthig, sich interviewen zu lassen.

Bebel wendet sich gegen den Antrag, der eigentlich gar keine Bedeutung habe. Der erste Satz sei ganz unklar. Zunächst hätte man doch beweisen sollen, daß jemand in der Partei die Beschlüsse des Parteitages nicht respektirt, daß er durch sein öffentliches Auftreten dazu beigetragen hat, die Partei zu kompromittiren. Hat dies aber ein Parteigenosse gethan, dann muß er aus der Partei ausgestoßen werden. Bezüglich der angeblich durch Interviews

hervorgerufenen Streitigkeiten innerhalb der Partei müßten die Parteigenossen doch endlich begreifen, daß die gegnerische Presse alles Interesse habe, alle Aeußerungen bekannter Genossen tendenziös entstellt wiederzugeben. Dagegen gebe es kein Mittel und kein Parteitagsbeschluß könne Aenderung schaffen. Was die Interviews betrifft, so behaupte ich, daß in keinem Interview etwas gesagt worden ist, was der Partei an und für sich etwas schaden könnte. (Widerspruch.) Ich habe das Vertrauen zu den Genossen, die sich haben interviewen lassen, daß sie das, was sie gesagt haben, jederzeit auch vertreten können. Eine andere Frage ist, ob das, was gesagt worden ist, in Deutschland richtig wiedergegeben wird. Dafür kann man auch keine Garantie übernehmen. Das Interview, welches im Figaro über mich veröffentlicht worden ist, war in der Hauptsache richtig wiedergegeben. Aber der Schluß dieses Interviews enthielt eine humoristisch gefärbte Bemerkung, die von mir nicht gefallen war, die aber der Interviewer für nothwendig hielt, um einen hübschen Schluß zu erhalten. Guesde ließ sich herbei, eine öffentliche Erklärung im Figaro abzugeben; sie war vollständig korekt gehalten und rein sachlich, und was lesen Sie in der „Vossischen Zeitung", deren Pariser Berichterstatter fortgesetzt unsere Partei herabzusetzen und zu verdächtigen sucht? Da wird gesagt, daß Guesde erklärt hätte, daß wenn ein Krieg ausbräche, es nothwendig sei, daß man unter die beiderseitigen Heere Dynamitbomben werfe. Und in dieser gefälschten Form ging die Notiz durch die ganze Bourgeoispresse. Es muß also den Parteigenossen der Takt zugetraut werden, daß sie künftig wissen, was sie von solchen Nachrichten zu halten haben. Das einzige Mittel, was wir gegenüber den Angriffen der Gegner haben, ist, daß wir kaltblütig bleiben und ruhig unsere Wege gehen.

Liebknecht: Ich kann heute mein in der Eiskeller-Versammlung über die Interviews gefälltes Urtheil nach keiner Seite modifiziren oder einschränken. Ich habe nicht gesagt, daß ich nie in meinem Leben interviewt worden bin, sondern ich hätte in Amerika ein Haar darin gefunden, und seitdem habe ich mich niemals interviewen lassen. Ich kann natürlich nichts dafür, wenn jemand, der zwei, drei Worte mit mir gewechselt hat, nachher schreibt: „ich habe mit Liebknecht ein Interview gehabt", und wenn er aus 10 Worten 20 Seiten schreibt. Als ich aus Frankreich zurückkam, sind Dutzende von Interviews veröffentlicht worden, von denen keins stattgefunden hat. Ich bin der Meinung, daß jeder Mensch, der der Rede oder Schrift mächtig ist, viel besser daran thut, seine Meinung selber niederzuschreiben, als sich einen Mittelsmann zu suchen. Im übrigen habe ich den Grundsatz befolgt, Anfragen von Seiten französischer und anderer ausländischer Blätter ausnahmslos unbeantwortet zu lassen. Ich kann nun,

wenn wirklich ein Interview über mich erscheint, ruhig sagen: es ist nicht wahr, es ist erstunken und erlogen. Den vorliegenden Antrag anzunehmen würde keinen Sinn haben.

Antrick zieht seinen Antrag zurück.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Mangels genügender Unterstützung kommen nicht zur Verhandlung die Anträge der Genossen in Mühltroff und Wiesbaden auf regere Agitation, sowie der Antrag Wilke und Genossen, daß der Partei-Vorstand zur Beschickung der Provinzial-Parteitage ev. verpflichtet sein soll.

Ueber den Antrag Germer-Essen: „Der Parteitag protestirt gegen die Maßregelung der Krupp'schen Arbeiter", wird zur Tagesordnung übergegangen, weil es sich um einen einzelnen Fall handelt, zu dessen Beurtheilung dem Parteitag das thatsächliche Material nicht vorliegt.

Albrecht-Halle hat den Antrag, die Reichstagsfraktion soll in der nächsten Session die Einführung des Achtstundentages beantragen, neu aufgenommen, der Parteitag lehnt aber die Diskussion ab.

Augustin-Berlin beantragt: Der Parteitag möge folgende Resolution zum Beschluß erheben:

„In Erwägung, daß die Verstärkung der sozialen Gegensätze, die zunehmende Arbeitslosigkeit, die wachsende Ausbeutung des Proletariats durch die bestehende kapitalistische Herrschaft bewirkt wird, daß der Kampf zwischen Kapital und Arbeit sich immer mehr verschärft, die Interessen der Arbeiter von der einen „reaktionären Masse", die alle bürgerlichen Parteien bilden, immer mehr unterdrückt werden, weist die Sozialdemokratie jeden Kompromiß mit anderen Parteien — gleichviel ob direkt oder indirekt — zurück, und empfiehlt den Genossen, bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten, sich stets der Stimmabgabe zu enthalten."

Nach Begründung durch den Antragsteller ziehen die Parteigenossen des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises ihren Antrag zurück, der lautete:

„Den im V. Berliner Reichstags-Wahlkreise angenommenen Antrag Dr. Lütgenau's, Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien bei Stichwahlen abzuschließen, sobald sich dieselben verpflichten, für den Achtstundentag einzutreten, zu verwerfen.

Vogtherr-Berlin: Selbst wenn wir die Möglichkeit hätten, zwischen gegnerischen Parteien zu entscheiden, so wäre es doch praktisch und taktisch falsch, bei den gegnerischen Parteien hausiren zu gehen und zu sagen: wenn ihr uns in der und der Forderung unterstützt, dann habt ihr auf unsere Unterstützung bei den Stichwahlen zu rechnen. Man könnte z. B. in der Meinung, daß die

neue Militärvorlage möglicherweise eine Auflösung des Reichstages herbeiführen könnte, annehmen, die Sozialdemokratie könnte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, wenn sie mit den Freisinnigen Hand in Hand gehe, die Gegner der Militärvorlage in den Reichstag bringe und gleichzeitig die Frage des Achtstundentages fördere. Eine solche Voraussetzung beruht aber auf einer gründlichen Unkenntniß des Charakters der gegnerischen Parteien und der bürgerlichen Parteien überhaupt.

Jacobey-Berlin: Die Kompromißfrage rührt wohl noch aus der Periode Bismarck-Puttkamer her, wo die Frage der Aufrechterhaltung des Sozialistengesetzes entscheidend war (für unsere Stimmabgabe). In der Kartellfrage wurde eine ähnliche Stellung eingenommen. Heute würde sie nur Wirrwarr hervorrufen.

Fräßdorf-Dresden: Wir wählen doch nicht allein, um unsere Genossen in den Reichstag hineinzubringen, sondern um bei den Wahlen, bei der Agitation die Masse aufzuklären. Daß wir von den Gegnern die Einführung des Achtstundentages nicht zu erwarten haben, ist ganz selbstverständlich.

Liebknecht: Wir sind vor die Frage der Kompromisse gestellt worden durch die preußischen Landtagswahlen. Mehreren erschien es als ein großer Vortheil, wenn im preußischen wie im sächsischen Landtage unsere Partei vertreten wäre. Aber es stellte sich heraus, daß eine Vertretung unserer Partei im preußischen Landtage ohne einen Kompromiß mit anderen Parteien nicht möglich wäre. Wir haben jetzt auch einstimmig die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen zurückgewiesen. Jedes Kompromiß wäre ein Verrath an unserem Programm und an dem Interesse der Partei. Anders verhält es sich mit den Stichwahlen. Zu Dutzendmalen ist auf unseren Kongressen beschlossen worden, unter keinen Umständen bei den Stichwahlen irgend einem anderen Kandidaten als dem Parteikandidaten die Stimme zu geben. Ebenso oft ist dies aber auch von den Parteigenossen bei Seite geschoben und durchbrochen worden. Unsere Genossen haben dabei niemals ein Kompromiß geschlossen oder einen Grundsatz preisgegeben, sondern einfach aus taktischen Gründen im Interesse der Partei gehandelt. Bei den letzten Wahlen haben wir die Parole ausgegeben, bei den Stichwahlen nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, welche gegen das Sozialistengesetz und gegen jedes Ausnahmegesetz wären. Das ist unzweifelhaft eine durchaus richtige Taktik, und wenn der Vorstand oder die Parteileitung anders gehandelt hätte, so würde die Majorität, mit der Fürst Bismarck weggefegt wurde, lange nicht wirksam gewesen sein. Nun kam das Verhalten der Fortschrittspartei bei den Stichwahlen; sie hat uns im Stich gelassen. Man hat darauf gesagt, wir sollten uns künftig mit den Fortschrittlern in keinen Pakt mehr einlassen. Haben wir denn ein Recht, von

einem Verrath der Fortschrittler zu reden, haben wir einen Handel mit ihnen abgeschlossen? Nicht aus Liebe zu den Herren Fortschrittlern, nicht um der schönen Augen des Herrn Eugen Richter willen, sondern in unserem eigenen Interesse haben wir für sie gestimmt. Würden wir aber Gegendienste verlangen, dann stellen wir uns ja auf den erbärmlichen Standpunkt der Schacherpolitik, auf den Windthorst-Bismarck'schen Standpunkt des do ut des. Wenn wir jetzt, wie beantragt wurde, beschließen, so kommen wir in dieselbe Lage, wie es nach jedem früheren Kongreß geschehen ist, daß die Parteigenossen in ihrer Mehrheit den Beschluß nicht halten, den sie auch im Interesse der Partei nicht halten können.

Dr. Lütgenau-Berlin: Die Genossen des 6. Wahlkreises in Berlin haben vorhin etwas recht Vernünftiges gethan, als sie ihren Antrag zurückzogen. Sie beantragen nämlich meinen Antrag zu verwerfen; ich habe aber gar keinen Antrag eingereicht. Außerdem ist in der Berliner Resolution der von mir gemachte Vorschlag vollständig entstellt. Die Angriffe gegen mich beruhen sämmtlich auf einer vollständig irrigen Darstellung. Redner präzisirt seine Auffassung über die Frage der Stichwahlen im Sinne Liebknecht's und fährt dann fort: Ich meine aber, wir können vielfach eine so große Stimmenzahl bei den Stichwahlen in die Wagschale werfen, daß wir dafür auch etwas verlangen können. Unsere Leute sollen es nicht mehr so billig machen. Zunächst muß natürlich ein Kandidat, der unsere Stimmen erhalten soll, im Reichstage korrekt stimmen, beispielsweise in der Militärvorlage. Wir können auch noch einige sozialistische Forderungen stellen und den Kandidaten fragen, wie er sich zum Achtstundentag stellt. Wenn ich in eine freisinnige Versammlung kam, habe ich gefragt, wie stellt Ihr Euch zur Forderung des Maximalarbeitstages, zur Sonntagsruhe, und ich habe weiter nichts zugegeben, als daß wir nur einen solchen Kandidaten unsere Stimme geben wollen, welcher erstens in allen Tagesfragen sich so zu stimmen verpflichtet, wie die Sozialdemokratie es thut, und noch dazu für den Achtstundentag ist. Ich halte es recht wohl für möglich, daß auf diese Weise einzelne Freisinnige verpflichtet würden, für den Achtstundentag zu stimmen, und damit hätten wir zugleich einen Keil in diese Partei hineingetrieben. Es würde für Eugen Richter keinen größeren Schmerz geben, als Fraktionsgenossen zu haben, welche für den Achtstundentag zu stimmen sich verpflichtet haben. Dies ist meine Haltung gewesen, und das ist kein Kompromiß. Wir dürfen uns aber hier nicht festlegen und die falsche Ansicht hegen, daß wir durch die Betheiligung an den Stichwahlen den Gegnern nützen. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Resolution Augustin im zweiten Theile abzulehnen. (Zustimmung.)

Kiesel-Berlin tritt für den Antrag Augustin ein.

Jähnig-Halle: Wir in Halle verzichten auf die Stimmen der Gegner, wir wollen mit Gegnern überhaupt nichts zu thun haben.

Die Diskussion wird geschlossen.

Der Antrag Augustin wird in seinem ersten Theile bis zu dem Worte „zurück" einstimmig angenommen. Der Schlußsatz, der die Wahlenthaltung bei den Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten empfiehlt, wird mit schwacher Mehrheit abgelehnt.

Von unerledigten Anträgen liegen nur noch solche unter der Rubrik „Persönliches" vor.

Die Parteigenossen der beiden Wahlkreise Breslau-Ost und Breslau-West beantragen, den St. Gallener Beschluß, soweit er sich auf den Genossen Bruno Geiser bezieht, außer Wirksamkeit zu setzen.

May-Breslau, Ullenbaum-Elberfeld, Marie Kunert-Breslau, Löwenstein-Nürnberg und Metzner-Berlin treten in eingehendster Weise für den Antrag der Breslauer Genossen ein, während Hoch-Frankfurt denselben aus formell-sachlichen Gründen bekämpft.

Stadthagen beantragt, um jedes Mißverständniß zu verhüten, dem Antrag der Breslauer Genossen folgende Fassung zu geben: „Die Parteigenossen der beiden Wahlkreise in Breslau beantragen, den zweiten Theil des St. Gallener Beschlusses, so weit er sich auf den Genossen Bruno Geiser bezieht, außer Wirksamkeit zu setzen. Das Mißtrauensvotum des St. Gallener Parteitages bleibt davon unberührt.

In dieser Fassung wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Parteigenosse Carl Riemann-Chemnitz beantragt: „Die Differenz zwischen den Chemnitzer Genossen und Riemann durch ein Schiedsgericht zum Austrag bringen zu lassen."

Dem gegenüber beantragt Leander-Chemnitz: Der Parteitag erklärt, da Riemann nicht aus der Partei ausgeschlossen ist, so hat er sich zuvor an seine Genossen in Chemnitz zur Begleichung der Differenzen zu wenden.

Auer hingegen beantragt, ein Schiedsgericht zu ernennen, in welchem die Chemnitzer Genossen und Riemann ihre Vertreter haben und zu welchem der unparteiische Partei-Vorstand den dritten Theil der Schiedsrichter zu ernennen hat.

Nach längerer Debatte, an der Hofmann-Chemnitz, Auer, Mittag-Halle, Albrecht-Halle und Schumann-Bielefeld theilnehmen, wird der Antrag Auer mit großer Mehrheit angenommen.

Ein vom Lokalausschuß deutscher Sozialisten in Zürich Namens einer dortigen Versammlung gestellter Antrag:

„Der Berliner Parteitag wolle beschließen: „Der im vorigen Jahre auf dem Parteitag zu Erfurt gefaßte Ausschlußbeschluß ist rückgängig zu machen und umzustoßen",

B

wird mangels Unterstützung durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Ebenso der unter „Vorlagen an den Parteitag" S. 21 aufgeführte Antrag der Parteigenossen in Düsseldorf.

Heinrich-Altona beantragt, der Parteitag möge beschließen, daß Subventionen an Parteiblätter aus der Parteikasse, welche die Summe von 1000 Mark überschreiten, nur mit Zustimmung der Kontroleure ertheilt werden dürfen.

Heinrich: Mein Antrag bezweckt nicht dem Vorstande, den wir in diesem Jahre wiedergewählt haben, ein Mißtrauensvotum zu stellen und zu sagen, daß wir mit der Verausgabung der 65 000 Mark für Preßunterstützungen nicht einverstanden sind, sondern er bezweckt nur, daß sämmtliche Kontroleure bei der endgiltigen Beschlußfassung über die Bewilligung von Preßunterstützungen mit beschließen sollen. Der Vorstand mag erst die thatsächlichen Verhältnisse untersuchen und dann die Kontroleure berufen.

Bebel: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Sie haben einen Partei-Vorstand und Kontroleure, welche die Thätigkeit, speziell die Kassengeschäfte des Vorstandes kontroliren sollen. Wenn diese nun über die Kassenverhältnisse auch noch beschließen sollen, so haben Sie am Ende gar Keinen, der kontrolirt. Würde der Antrag angenommen, so würde darin zweifellos ein Mißtrauensvotum liegen gegen die bisherige Geschäftsführung des Partei-Vorstandes. Jedesmal, wenn ein solches Gesuch einging, haben wir eine ganz genaue sachverständige Aufstellung der gesammten Verhältnisse des Blattes gefordert; wir nahmen einen genauen Einblick in die Geschäfte, in Einnahme und Ausgabe u. s. w. Hatten wir nicht die nöthige Sicherheit und Unterlagen, so wurde weitere Auskunft erbeten und in einer ganzen Reihe von Fällen wurde eins unserer Mitglieder nach den betr. Orten, z. B. nach Bielefeld, Dortmund, Mainz, Frankfurt, München, Magdeburg 2c. geschickt, um an Ort und Stelle genaue Einsicht zu bekommen und uns zu berichten, und erst nachdem wir uns nach allen Richtungen auf das Allergenaueste informirt hatten, sind wir zu einem Beschluß gekommen. In einer Reihe von Fällen, wo es nothwendig erschien, haben wir darauf gedrungen, daß eine andere und bessere Verwaltung eingeführt wurde. Gewissenhafter kann man gewiß nicht verfahren. Lehnen Sie den Antrag ab, er ist unausführbar.

Meister: Wir Revisoren haben bei den Revisionen stets vor vollendeten Thatsachen gestanden. Ich bin auch nicht der Ansicht, daß nach dem Antrage der Geschäftsgang so schwierig sein würde, wie Bebel es dargestellt hat. In jeder Vorstandssitzung haben doch nicht die Bewilligungen für die Presse die Tagesordnung gebildet. Wenn wir die einzelnen Fälle herausnehmen, namentlich die Fälle unter 1000 Mark, so ist die Sache nicht so schlimm. Die Kontroleure können ja auch ihr Votum brieflich abgeben und selbst wenn

B

sie öfter zusammenkommen, so ist dies immer noch besser, als wenn wir auf dem nächsten Parteitage vor Bewilligungen stehen, die böses Blut machen können. Der Antrag bedeutet gewiß nicht ein Mißtrauensvotum, er will vielmehr die Vorstandsmitglieder von ihrer Verantwortung entlasten. Wenn zwölf Personen die Verantwortung theilen, so ist dies anders, als wenn fünf sie theilen. In der Vorstandssitzung sind vielleicht mitunter nur drei Mitglieder anwesend und denen darf es nicht überlassen werden, über solche Summen zu verfügen. (Bebel: Ist nie geschehen!)

Wilke-Berlin erklärt sich gegen den Antrag. Man sollte die Kontroleure lieber zur Agitation verwenden, das wäre nutzbringender.

Auer: Ich sehe in dem Antrag nicht nur kein Mißtrauensvotum gegen die bisherige Parteileitung, sondern das Bestreben, die Verantwortung auf eine größere Anzahl von Schultern zu vertheilen. Der Tendenz des Antrages stimme ich also durchaus zu. Aber die Durchführung wird sich außerordentlich schwer machen. Wenn die 12 Mitglieder immer bei einander gewesen wären, so wäre auch nicht ein Groschen weniger bewilligt worden, vielleicht manches tausend Mark mehr, denn es kämen dann die lokalen Interessen der außerhalb wohnenden Vorstandsmitglieder mehr zur Geltung als heute. Sie beseitigen aber auch mit einem solchen Antrage eine Institution, die ich nicht gern beseitigt sehen möchte, das Institut der Kontroleure. In dieser Beziehung hat Bebel ganz Recht. Die Kontroleure sind ja doch mit verantwortlich und die Kontroleure können ja beim nächsten Parteitage Ihnen sagen, ob die Geschäftsverwaltung des Vorstandes dem Interesse der Partei entsprochen hat. Meister sagte, die Kontroleure sind aber vollendeten Thatsachen gegenübergestanden. Jawohl, aber sie hatten Gelegenheit im Laufe des Jahres, da sie ja öfter kontroliren, schon bei der ersten Kontrole zu sagen: wir erheben dagegen Einspruch, daß solche Summen bewilligt worden sind. Aber ein solcher Protest ist nicht ein einziges Mal erhoben, weil die Kontroleure die Ueberzeugung gewonnen haben, daß das Geld im Interesse der Partei nothwendig verausgabt werden mußte. Diese Möglichkeit des Einspruchs würde aber verloren gehen, wenn die Kontroleure mit uns beschlössen. Im Uebrigen konstatire ich, daß wir alle derartigen größeren Summen nicht zu Dreien, sondern geschlossen bewilligt haben. Von einem Durchdrücken solcher Anträge in Anwesenheit von nur drei Mitgliedern, aus Furcht, es könnte sonst die Forderung abgelehnt werden, ist nie die Rede gewesen.

Der Antrag Heinrich wird abgelehnt.

Hierauf wird die Sitzung abgebrochen. Genossen aus Erlangen theilen mit, daß die dortige sozialdemokratische Partei einen glänzenden Sieg bei den Gewerbegerichtswahlen errungen haben. (Bravo!)

B

Außerdem ist folgender Brief eingegangen, der unter großer Heiterkeit des Parteitages verlesen wird:

In der gestrigen Sitzung vom 19. ds. Mts. des Parteitages wurde die Haltung des „Vorwärts" bei den Februar-Unruhen kritisirt; jedoch erklärte Liebknecht, dieselben seien keine zielbewußten Arbeiter gewesen, sondern nur Lumpen mit Ballonmützen u. s. w. Wir erklären, daß wir alles von Anfang bis zu Ende im Februar mitgemacht haben, daß es zielbewußte Arbeiter waren, die der Hunger und das Elend auf die Straße getrieben hat, um sich Brod zu verschaffen, denn Brod und Arbeit war die Parole. Wir erklären weiter: wenn Herr Liebknecht nicht aufhört, im „Vorwärts" die Anarchisten zu denunziren und zu beschimpfen und zielbewußte Arbeiter als Lumpen mit Ballonmützen zu erklären, so machen wir kurzen Prozeß: wir schießen Herrn Liebknecht eine Kugel durch den Kopf (Stürmische Heiterkeit) und sprengen das ganze Redaktionsgebäude mit den Insassen in die Luft. (Schallendes Gelächter.) Eine Bombe genügt. (Erneutes Gelächter.) Achtungsvoll Mehrere Berliner Anarchisten.

Vorsitzender: Die Zuschrift ist mit einigen Namen unterzeichnet. Es fällt mir selbstverständlich nicht ein, diese Namen zu verlesen, weil ich den Parteitag vor dem Schein bewahren möchte, als wollte er durch das Nennen der Namen einigen Herren eine Unannehmlichkeit bereiten. (Bravo!)

Schluß 1½ Uhr.

Nachmittagssitzung.

3 Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Zur Verhandlung steht der Bericht der Siebener-Kommission.

Berichterstatter Gerisch: Nach 2½ tägiger erschöpfender Untersuchung hat die Kommission folgenden Beschluß gefaßt:

„Dem Antrage der Solinger, welcher lautet:

Der Parteitag möge der Reichstags-Fraktion den Auftrag geben, den Abgeordneten Schumacher aus der Fraktion auszuschließen,

ist keine Folge zu geben aus folgenden Gründen:

Die Kommission hat festgestellt, daß im Solinger Wahlkreise seit einer Reihe von Jahren Streitigkeiten stattfanden, welche ihre Spitze vornehmlich gegen den Genossen Georg Schumacher richteten. Bedauerlicher Weise setzten sich die dortigen Genossen über jede taktische Rücksicht hinweg und brachten ihre in der Hauptsache kleinlichen gegenseitigen Anschuldigungen vor die breite Oeffentlichkeit, wodurch sich die Verhältnisse zur Unerträglichkeit gestalteten. Durch ein von dortigen Genossen gegen Schumacher veröffentlichtes Flugblatt wurden die Gegensätze auf die höchste Spitze getrieben.

B

Die Genossen haben damit einen Weg eingeschlagen, der aufs entschiedenste zu verwerfen ist, denn sie verletzten dadurch, abgesehen von den taktischen Rücksichten, unsere Organisation. Es ist dieser Schritt um so mehr zu bedauern, als zweifellos festgestellt wurde, daß die Anschuldigungen des Flugblattes im wesentlichen sich als unwahr herausgestellt haben.

Dagegen kann dem Genossen Schumacher der Vorwurf nicht erspart werden, daß er die durch seine hervorragende Stellung und seine langjährigen Erfahrungen in der Parteibewegung gebotenen parteigenössischen Rücksichten und taktischen Erwägungen außer Acht ließ, wodurch er die Unzufriedenheit beständig steigerte. Es ist dieser Streit um so bedauerlicher, als sich auch nicht ein Schein von prinzipiellen Meinungsdifferenzen zwischen den streitenden Genossen ergeben hat.

Der Parteitag verlangt deshalb von den Genossen, daß sie ihre persönlichen Empfindungen hintansetzend schnellstens eine Einigung herbeiführen, um in Einigkeit den Kampf gegen unsere natürlichen Gegner führen zu können".

gez. Ehrhart. Gerisch. Hoffmann. Koenen.
Metzner. Stolle. Winterblum.

Es ist uns nun, soweit die Genossen aus dem Solinger Wahlkreise selbst anwesend und dem gemäß unserer Vorstellung zugängig waren, auch gelungen, insofern eine Einigung herbeizuführen, als die drei Delegirten des dortigen Wahlkreises sich bereit erklärt haben, gegen das betreffende Flugblatt eine Erklärung in der „Bergischen Arbeiterstimme", wenn es nothwendig ist, in einer besonderen Ausgabe abzugeben. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Schon seit einigen Jahren haben in unserem Wahlkreise Streitigkeiten Platz gegriffen, welche für unsere Sache im höchsten Grade schädlich wirkten. Die gegenwärtige Erbitterung hat einen Theil der Genossen veranlaßt, ein Flugblatt zu verbreiten, welches sich in den schärfsten Anschuldigungen gegen unseren Abgeordneten und Genossen Georg Schumacher wendet. Wir haben unseren Streit dem Parteitag zur Untersuchung und Entscheidung vorgelegt. Derselbe hat festgestellt, daß der Inhalt des verbreiteten Flugblattes im Großen und Ganzen der Wahrheit nicht entspricht, daß er nur der Ausfluß der langjährigen persönlichen Streitigkeiten ist.

Wir erklären hiermit, daß wir dem Beschlusse des Parteitages uns fügen, daß wir rückhaltslos die Anschuldigungen gegen den Genossen Schumacher zurücknehmen. Wir fordern die Genossen des ganzen Kreises auf, das Gleiche zu thun und die Streitaxt zum Segen der Partei zu begraben.

Berlin, 20. November.

gez.: Carl Strunck. Gust. Laisiepen. Rob. Herder."

B

Auch Schumacher wird folgende Erklärung erlassen:

„Nach obiger Erklärung finde ich mich veranlaßt, alle Beschuldigungen, die ich gegen Genossen unseres Wahlkreises gemacht haben soll, zurückzunehmen. gez. Georg Schumacher."

Soweit also die streitenden Parteien auf dem Parteitag selbst anwesend sind, ist eine Einigung erzielt worden. Es wird sich nun darum handeln, inwieweit die Genossen des Kreises selbst, insofern sie an diesem Streite theilgenommen haben, sich der Erkenntniß der hier anwesenden Delegirten anschließen wollen. Da wird es Aufgabe des Parteitages sein, das Urtheil der Kommission zu bestätigen, um dadurch auf die Solinger Genossen einen Druck auszuüben, damit endlich einmal jener Streit sein Ende findet. Ebenso wird es Sache der Genossen in den Nachbarkreisen von Solingen sein, auch ihren Einfluß geltend zu machen, damit endlich, wenn nicht sofort, so doch nach und nach, nachdem die Gemüther sich beruhigt haben, eine Versöhnung und Einigung herbeigeführt wird.

In Sachen Auer-Przytulski ist die Siebener-Kommission nach eingehender Verhandlung und nach Anhörung der als Zeugen vorgeschlagenen Personen zu folgendem Ergebniß gelangt:

„Als erwiesen nahm die Kommission an, daß der Gewährsmann, welcher Genossen Auer die Mittheilung über Przytulski machte, in Fällen gleicher Art sich als zuverlässig gezeigt hat. Fest steht ferner, daß Przytulski durch Verkettung von Umständen bereits früher unter dem Verdachte, im Dienste der Polizei zu stehen, zu leiden hatte. Die Kommission ist jedoch nach Prüfung der Sachlage, und nach Anhörung derjenigen Genossen, denen P. bereits von früher her bekannt war, zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein Beweis für die Verrätherschaft P.'s weder nach der einen noch nach der anderen Seite erbracht werden konnte, und daß daher Przytulski als Genosse zu betrachten ist.

Andererseits fühlt sich die Kommission verpflichtet, ausdrücklich zu betonen, daß der Genosse Auer, nachdem ihm die auf P. bezügliche Mittheilung geworden war, im Interesse der Partei nicht anders handeln konnte als er gehandelt hat.

Es kann dem Genossen Auer um so weniger ein Vorwurf treffen, da er unter Beobachtung aller in derartigen heiklen Fragen gebotenen Vorsicht die Nachricht in vertraulicher Weise an die betheiligten, bezw. gefährdeten Genossen gelangen ließ.

gez. Ehrhart. Gerisch. Hoffmann. Koenen. Metzner.
Stolle. Winterblum."

Zu dem Antrage der Kommission in Bezug auf die Solinger Angelegenheit liegen Wortmeldungen nicht vor. Der Antrag wird gegen eine Stimme angenommen.

Der Vorsitzende richtet auch seinerseits an die Solinger Genossen den dringenden Wunsch, daß sie im Interesse der Partei sich

B

dem Beschlusse des Parteitages nicht nur fügen, sondern denselben auch möglichst schnell so zur Ausführung bringen mögen, daß im Kreise Solingen der alte Frieden und die alte Eintracht wieder herrsche. (Bravo!)

Auch zu der Resolution bezüglich des Przytulski meldet sich Niemand zum Wort; die Resolution wird einstimmig angenommen.

Der Parteitag hat sich nun noch über die beiden Referate schlüssig zu machen.

Das Wort wird nicht gewünscht; die Referate über die wirthschaftliche Krise und über den Antisemitismus werden von der Tagesordnung abgesetzt, und zwar auf den Wunsch von Fritz in getrennter Abstimmung.

Frohme-Altona beantragt, der Parteitag wolle den beiden Resolutionen zu den Punkten 9 und 10 der Tagesordnung seine Zustimmung geben. Dieselben lauten:

Resolution zu: „Die wirthschaftliche Krise und ihre Folge: der allgemeine Nothstand."

Es liegt in der Natur des Kapitalismus, daß die von ihm erzeugten Krisen und Arbeitsunterbrechungen immer allgemeiner, andauernder und verheerender werden; daß die Auffaugung des Eigenthums, die Enteignung und Verelendung der sogenannten mittleren Gesellschaftsschichten mit stets wachsender Geschwindigkeit vor sich geht; und daß durch Hungerlöhne und Arbeitslosigkeit für immer weitere Kreise ein Nothstand in Permanenz geschaffen wird.

Die nothwendige Folge dieser zerstörenden Wirksamkeit des Kapitalismus ist, daß die Zahl der Eigenthums- und Erwerbslosen sich fortwährend und in zunehmender Schnelle vermehrt.

Obgleich diese Folgen des Kapitalismus unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht zu beseitigen sind, und eine gerechte, menschenwürdige Organisation der menschlichen Arbeit und der menschlichen Gesellschaft nur durch den zur Herrschaft gelangten revolutionär-demokratischen Sozialismus zu erreichen ist, so haben doch Staat und Gemeinde auch in der heutigen Gesellschaft unbedingt die Pflicht, den Nothleidenden zu helfen und sie vor Hunger zu schützen. Da das Almosen entwürdigt und die Hilfe am zweckmäßigsten durch die Beschaffung von Arbeit geleistet wird, so fordert der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden auf, der zur einer öffentlichen Kalamität gewordenen Arbeitslosigkeit durch sofortige Inangriffnahme von Arbeiten im allgemeinen Interesse nach Möglichkeit zu steuern.

Angesichts des unaufhaltsam sich vollziehenden, immer weitere Volkskreise ins Verderben reißenden Auflösungsprozesses, der

zwar einerseits dem Sozialismus die Wege ebnet, andererseits aber auch die Gefahr blinder Ausbrüche der Leidenschaft und der Verzweiflung erzeugt, ist es in verdoppeltem Maße die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei, mit äußerster Anspannung aller Kräfte dahin zu arbeiten, daß alle Gesellschaftsglieder, die der Kapitalismus zum Elend verurtheilt, und die in ihm ihren Todfeind erblicken müssen, über ihre Interessen aufgeklärt und in die Armee der Sozialdemokratie: des zum wirthschaftlichen Klassen- und politischen Befreiungskampf organisirten Proletariats eingereiht werden.

* * *

Resolution zu: „Der Antisemitismus und die Sozialdemokratie."

Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwickelung bedrückt finden und zum großen Theil durch diese Entwickelung dem wirthschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirthschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervortretende Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzkampf besonders unbequem wird, gegen das jüdische Ausbeuterthum.

Dieser sein Ursprung zwingt den Antisemitismus zu Forderungen, die ebenso mit den wirthschaftlichen wie politischen Entwickelungsgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft in Widerspruch stehen, also fortschrittsfeindlich, d. h. reaktionär sind. Daher auch die Unterstützung, die der Antisemitismus vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen findet.

Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeuterthum muß nothwendig erfolglos sein, weil die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigenthümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt.

Da nun die Sozialdemokratie der entschiedenste Feind des Kapitalismus ist, einerlei ob Juden oder Christen seine Träger sind, und da sie das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen, indem sie die Umwandlung derselben in die sozialistische Gesellschaft herbeiführt, wodurch aller Herrschaft des Menschen über den Menschen, wie aller Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende bereitet wird, lehnt die Sozialdemokratie es ab, ihre Kräfte im Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch falsche und darum wirkungslos

werdende Kämpfe gegen eine Erscheinung zu zersplittern, die mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt.

Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwickelung der Gesellschaft gerichtete Bewegung, welche jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten aufgehetzten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntniß kommen müssen, daß nicht blos der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist und daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie aus ihrem sozialen Elende befreien kann.

Beide Resolutionen werden mit großer Mehrheit angenommen.

Persönlich bemerkt Bebel: Ich will im Namen Liebknecht's und zugleich in meinem Namen erklären, daß wir sehr damit einverstanden sind, daß sie unsere Referate abgesetzt haben, andererseits aber, um den Wünschen entgegenzukommen, über die Gegenstände ein ausführliches Referat zu bekommen, haben Liebknecht und ich uns entschlossen, in der nächsten Zeit hier in Berlin über die betreffenden Themata Volksversammlungen abzuhalten und unsere Reden stenographisch aufnehmen und drucken zu lassen, damit sie zur allgemeinen Kenntniß gelangen. (Beifall.)

Meist-Köln spricht im Namen der auswärtigen Delegirten dem Lokalkomitee der Berliner Genossen den Dank aus für die freundliche Aufnahme, welche die auswärtigen Delegirten hier in Berlin gefunden haben. Das Lokalkomitee habe bei der Ausdehnung Berlins eine riesige Arbeit gehabt und diese in der promptesten Weise erfüllt. (Lebhafte Zustimmung.)

Frohme-Altona beantragt folgende Resolution:

Der Parteitag weist die Unterstellungen gegnerischer Blätter insbesondere des „Hamburger Korrespondenten": auf Vorschlag Bebel's sei die von Frohme beantragte Tagesordnung: „Sozialdemokratie und Meineid" aus taktischen Rücksichten nicht aufgenommen worden, als unwahr und jeder Begründung entbehrend zurück.

Diese Resolution sei nothwendig, weil die gegnerische Presse den Anschein erwecken wolle, als hätte die Partei die Diskussion dieses Punktes aus Furcht vor dem Zutagetreten abweichender Meinung abgesetzt.

Die Resolution wird gegen sehr wenige Stimmen angenommen.

Singer: Parteigenossen! Wir sind nunmehr am Schlusse unserer Arbeiten angelangt, und haben eine Woche reich an Arbeit, aber auch reich an erhebenden Eindrücken hinter uns. Ich kann mich im Namen des Parteitages dem Dank, der den Berliner Genossen ausgesprochen worden ist für die opferwillige, treue Arbeit,

B

die sie der Partei nicht nur durch die Vorarbeiten, auch nicht nur durch den über alle Erwartungen prächtig verlaufenen Kommers geleistet haben, sondern auch für die Unterstützung, die sie während der Verhandlungen von Früh bis Abends unverdrossen dem Parteitage gewährt haben, von Herzen anschließen. Genossen! Der Parteitag hat Stellung genommen zu einer Reihe wichtiger Fragen. Die Diskussion, die wir geführt haben, die sich in jeder Beziehung frei entfalten konnte, hat gezeigt, was für Niemand, der mit aufmerksamen Augen unserer Bewegung folgt, zweifelhaft sein konnte, nämlich die Einigkeit und die Geschlossenheit der Partei. Das, was unsere Feinde auch von diesem Parteitage gehofft haben, ist nicht eingetroffen und konnte nicht eintreffen, weil die Voraussetzungen für die Hoffnungen und Wünsche der Gegner — Uneinigkeit und Spaltung in unseren Reihen — nicht vorhanden sind. Die Zuversicht, welche in dem Willkommengruß der Berliner Genossen an die Delegirten ausgedrückt ist, die Zuversicht, daß scharfe Kritik geübt, daß scharfe Worte wie Pfeile hinüber und herüberfliegen würden, daß es aber nicht vergiftete Pfeile seien, sondern daß ehrliche Freundeskritik an einander geübt werde, diese Zuversicht hat sich auf dem Parteitage in vollstem Maße erfüllt. — Und so wird auch dieser Parteitag, gleich seinen Vorgängern ein Markstein in der Geschichte der Sozialdemokratie sein. Auch dieser Parteitag hat den Beweis erbracht, daß die sozialdemokratische Partei nach wie vor einig und geschlossen, den durch das Progamm bezeichneten Weg geht. Niemand, weder Personen, noch Parteien oder Einrichtungen der heutigen Gesellschaft sind im Stande, die sozialdemokratische Partei von ihrem Ziel abzulenken und den Sieg unserer Sache zu verhindern.

Auch dieser Parteitag hat bewiesen, daß die Sozialdemokratie Deutschlands nicht eher aufhört zu kämpfen, bis ihr Ziel erreicht ist, bis die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft erfolgt, die Klassenherrschaft und der Klassenstaat abgeschafft, die sozialistische Gesellschaft organisirt ist. Und wie wir allesammt einig sind über das Ziel, für welches wir kämpfen, so sind wir auch einig über die Mittel, welche wir anzuwenden haben, um zu unserem Ziele zu gelangen. Wir halten fest an unserer bisherigen Taktik; wir benutzen alle Mittel, welche uns Verhältnisse und Situation darbieten, um unseren Kampf siegreich zu gestalten, um unser Ziel zu erreichen!

Parteigenossen! Wenn Sie nach Beendigung unserer Arbeiten in Ihre Kreise zurückkehren, wenn Sie Bericht erstatten über den Parteitag und mit den Parteigenossen aller Orten gemeinsam die Agitation für unsere Sache in immer weitere Kreise tragen, wenn Sie immer neue Streiter für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse anwerben, dann lassen Sie sich in diesem Kampf leiten von uns Wort, welches an der Spitze unseres Zentralorgans steht.

B

„Vorwärts!" war die Parole, unter der die Sozialdemokratie sich zusammengefunden hat; „Vorwärts!" ist und bleibt die Parole unserer Partei. „Vorwärts" ist die Parole des um seine Befreiung kämpfenden Proletariats, in dessen Dienst die deutsche Sozialdemokratie seit ihrer Begründung steht, in dessen Dienst wir weiter kämpfen, in dessen Dienst wir siegen, und wenn nöthig fallen werden! Und nun, Parteigenossen, laßt uns zum Gelöbniß unverbrüchlicher Treue den Ruf, der vor acht Tagen diesen Saal durchbrauste, auch am Schlusse unserer Arbeiten wiederholen.

Heut noch Kampfesruf, ist er zugleich das Banner, um welches die Arbeiterklasse sich schaart und mit demselben Rufe wird dereinst das Proletariat aller Länder den Tag der Befreiung, den Tag des Sieges feiern.

Hoch die deutsche, hoch die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie! Hoch! Abermals Hoch! und zum dritten Male Hoch! (Die Versammlung, auch das Publikum auf den Gallerien und in den Nebenräumen, hat sich erhoben und fällt in stürmischer Begeisterung in die Hochrufe ein. Stehend singt die Versammlung darauf die erste Strophe der Arbeitermarseillaise.)

Borgmann aus Berlin: Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich Sie bitte, dem Bureau für die ernste, gewissenhafte, gerechte und aufopfernde Leitung der so überaus schwierigen Geschäfte unseren, des Parteitages Dank durch Erheben von den Plätzen auszudrücken. (Geschieht.)

Vorsitzender Singer: Ich danke dem Parteitag namens des Bureaus für die freundliche Anerkennung, die er uns soeben ausgesprochen hat, und ich darf wohl auch den Kommissionen, die so fleißig und erfolgreich gearbeitet haben, den Dank des Parteitages für ihre Thätigkeit abstatten. (Zustimmung.)

Nunmehr erkläre ich die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie für geschlossen.

Schluß 3 Uhr 43 Minuten.

Folgende Delegirten sind vor Beendigung des Parteitages abgereist: Feldmann, Glaser, Görges, Großer, Grünberg, Grünwald, Haugk, Haug, Legien, Medzschke, Schmidt-Zwickau, Schneider, Schrolle.

Druckfehler-Berichtigung.
Auf Seite 93, Zeile 4 von unten, muß es 875 statt 275 heißen.

B

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Albrecht, Adolf	Halle a. S.	Delitzsch-Bitterfeld
Antrick, Otto	Berlin	Berlin 2
Arndt, Paul	Paris	Deutsche Parteigenossen Paris
		London
Augustin, Rich.	Berlin	Berlin 6
Auer, Jg.	Berlin	
Baader, Ottilie	Berlin	Berlin 4
Bamberger, Jac.	Berlin	Bayreuth-Wunsiedel
Bartels, Albert	Wernigerode a. H.	Halberstadt-Aschersleben
Baudach, Heinr.	Striegau	Schweidnitz-Striegau
Baudert, August	Apolda	1. Weimarsche
Bebel, August	Berlin	
Beims, Hermann	Haverloh	13. Hannover
Bell, J. T.	Rostock	5. Mecklenburg
Bennewitz, Herm.	Görlitz	Görlitz-Lauban
Berndt, Fritz	Berlin	Berlin 5
Baerer, Heinrich	Harburg a. E.	17. Hannover
Bertram, Carl	Limmer b. Hann.	10. Hannover
Betz, Carl	Kriestel	1. Nassau
Birk, Georg	München	1. München
Blos, W.	Stuttgart	9. Baden
Bökert, Heinrich	Adlershof	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Boehle, Bernh.	Straßburg	Straßburg, Stadt
Böhmer, Ernst	Löbau i. S.	2. u. 3. Sachsen
Bock, Wilhelm	Gotha	Schwarzburg-Sondershausen, Herzogthum Gotha
Bogs, Wilhelm	Bromberg	Bromberg
Borgmann, H.	Berlin	19. Sachsen
Borkmann, L.	Leipzig	12. u. 13. Sachsen
Börner, Wilhelm	Berlin	Berlin 3
Brey, August	Hannover	9. Hannover
Breil, Ernst	Hagen i. W.	Hagen i. W.
Brinkmann, W.	Hohenmölsen	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Bueb, Ferd.	Mülhausen i. E.	Mülhausen i. E.
		Gebweiler i. E.
Cartensen, Hans	Schleswig	3. Schleswig-Holstein
Colditz, August	Crimmitschau	18. Sachsen
Daßbach, Math.	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb
Demmler, Carl	Geyer	19. Sachsen

B